

Ltg.-1604-1/A-2/14-2017

ANTRAG

des Abgeordneten Moser

gemäß § 34 LGO

zum Antrag LT-1604/A-2/14-2017

betreffend **Richtlinie des Landes NÖ zur Umsetzung von EU-Land-finanzierten Projektmaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programms für ländliche Entwicklung 2014 – 2020, Vorhabensart Soziale Angelegenheiten**

Mit dem vorliegenden Antrag der SPÖ betreffend Schaffung von Arbeitsplätzen mit EU-Förderungen für den ländlichen Raum soll die NÖ Landesregierung aufgefordert werden, sich verstärkt für eine Nutzung der auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zur Verfügung gestellten Fördermittel einzusetzen und dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen in den Förderstrukturen zu schaffen.

Die NÖ Landesregierung wird in ihrer Sitzung am 19. September 2017 die „Richtlinie des Landes NÖ zur Umsetzung von EU-Land-finanzierten Projektmaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programms für ländliche Entwicklung 2014 – 2020, Vorhabensart Soziale Angelegenheiten“ beschließen. Damit können mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) Investitionen in sozialen Dienstleistungen einschließlich dem Gesundheitsbereich getätigt werden. Damit sollen insbesondere der Ausbau sozialer Dienstleistungen, wie z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen, forciert werden und somit diese Einrichtungen für alle, die im ländlichen Raum Bedarf daran haben, in hoher Qualität zugänglich gemacht und die Beschäftigungspotentiale von Frauen mit Betreuungspflichten gehoben werden.

Da die NÖ Landesregierung eine entsprechende Förderrichtlinie in ihrer Sitzung am 19. September 2017 beschließen wird, ist die im SPÖ-Antrag vorgesehene Aufforderung an die NÖ Landesregierung gegenstandslos geworden, weshalb dieser Antrag nicht mehr notwendig ist.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Antrag der Abgeordneten Razborcan u.a. betreffend Schaffung von Arbeitsplätzen mit EU-Förderung für den ländlichen Raum, LT-1604/A-2/14-2017, wird abgelehnt, da ein Beschluss über die Richtlinie des Landes NÖ zur Umsetzung von EU-Land-finanzierten Projektmaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programms für ländliche Entwicklung 2014 – 2020, Vorhabensart Soziale Angelegenheiten, in der Sitzung der Landesregierung am 19. September 2017 gefasst wird.“